

Abgeordnetenhaus von Berlin – 15. Wahlperiode

13. Sitzung

Berlin, Donnerstag, 13. Juni 2002

Verzicht auf Erhebung der Fehlbelegungsabgabe:

Vizepräsidentin Michels: Für die Fraktion der SPD hat das Wort Herr Abgeordneter **Schimmler!** – Bitte schön!

Schimmler (SPD): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wir haben diese Debatte sehr ausführlich im Bauausschussgeführt, und leider hat sich an den Argumenten der Kollegin Oesterheld nicht sehr viel geändert.

[Wieland (Grüne): An Ihren ja wohl auch nicht, Herr Schimmler!]

- Das werden Sie jetzt gleich hören. Sie sollen nicht immer so voreilig sein, Herr Kollege Wieland.

[Wieland (Grüne): Ich kenne Sie!]

Erst einmal abwarten.

[Beifall bei der SPD].

Wir haben in den vergangenen Jahren unter verschiedensten Regierungen deutlich erkannt, dass mit der Fehlbelegungsabgabe eines in jedem Fall erreicht wird: dass bestimmte Stadtquartiere nicht mehr die Mischung haben, die sie haben sollten.

[Beifall des Abg. Doering (PDS)]

Das hat dazu geführt, dass wir zweimal eine große Anzahl von Wohnungen, ganze Teile dieser Stadt, aus der Fehlbelegungsabgabe herausgenommen haben mit der Folge, die Sie im Gesetzentwurf jetzt auch noch zahlenmäßig nachvollziehen können, dass nur noch ein geringer Teil von Einnahmen für das Land Berlin erzielt wird.

[Zuruf der Frau Abg. Oesterheld (Grüne)]

Und im Übrigen, Frau Oesterheld, werden davon nicht 30 Prozent für Verwaltungskosten, sondern, wenn Sie richtig nachgelesen hätten, bis zu 55 Prozent ausgegeben. Nicht ganz umsonst hat der Senat in seiner Vorlage darauf hingewiesen, dass die Angemessenheit der Ausgaben für Verwaltungsaufgaben ganz woanders angesiedelt worden ist, nämlich bei 15 Prozent. Sie kommen jetzt mit dem Argument, das sei jetzt sozusagen für den Rest. Dahinter steht noch immer die Überlegung, wir hätten auch noch Sozialbauwohnungen in Zehlendorf, und der Professor, der dort wohnt, weil es dort einst als Student eingezogen ist, könnte die Fehlbelegungsabgabe bezahlen.

[Wieland (Grüne): Wo wohnen Sie denn?]

Die materielle Gerechtigkeit würden wir auch bei anderen Punkten nicht immer finden, aber wie sieht es denn sonst im Stadtgebiet aus? – Auf Grund der Tatsache, dass wir die Gebiete abgegrenzt haben, finden Sie in der Stadt Straßen, wo auf der einen Seite die Fehlbelegungsabgabe noch erhoben wird, auf der anderen Straßenseite jedoch nicht. Wer sind dann

die Bedürftigen oder die Nicht-Bedürftigen, von denen Sie, Frau Kollegin, gerade gesprochen haben? – Wenn Sie sich das einmal dort ansehen, woher ich komme, dem Innenstadtbezirk Mitte

[Wieland (Grüne): Sagen Sie doch „Wedding“!]

- Wedding, dann sind dort die meisten Fehlbeleger – wir haben das damals von unserem Wohnungsamt untersuchen lassen – kleine Familien. Zum Beispiel der Polizist mit seiner Ehefrau, die Verkäuferin in einem Kaufhaus ist, mit einem Kind, die sind nach unseren Richtlinien bereits Fehlbeleger. Wenn Sie dann meinen, dass man die nicht unterstützen muss, dann liegen Sie augenscheinlich in Ihrer sozialpolitischen Argumentation ziemlichschief, weil Sie offensichtlich ein anderes idyllisches Bild von der Situation haben.

[Beifall bei der SPD – Vereinzelter Beifall bei der PDS]

Gerade diese Personengruppen sollen doch von der Fehlbelegungsabgabe ausgenommen werden.

[Wieland (Grüne): Dann ändern Sie doch die Vermögensgrenzen!]

- Das können wir doch nicht so einfach, wie Sie ja wissen, Herr Kollege Wieland! – Wenn Sie dann allerdings sehen, dass wir gleichzeitig erhebliche Ausgaben für die Verwaltung haben – die wir nun einsparen können –, dann ist dies ein vernünftiger Punkt.

Die Koalitionsfraktionen haben deshalb diesen Antrag im Märzeingebracht. Die CDU-Fraktion unterstützt den Antrag. Der Senat hat dankenswerterweise einen Gesetzentwurf eingebracht. Ich bitte Sie, sowohl unserem Antrag, wie wir ihn im Ausschuss beschlossen haben, zuzustimmen, als auch diesem Gesetz endlich zur Rechtskraft zu verhelfen. Die Bezirksbürgermeister aller Parteien haben sogar darum gebeten, dass es möglichst schon zum 1. Juli in Kraft treten soll, das werden wir nicht schaffen, aber deshalb soll uns nichts daran hindern, dass es jetzt schnell auf den Weg gebracht wird.

[Beifall bei der SPD und der PDS]